

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.04.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Grix, Helga

SPD-Fraktion
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion
Risius, Andrea

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Ralf Fooken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Grix, Wilhelm
Jacobs, Marion
Kloppenburg, Rainer (bis 17:55 Uhr)
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder
Dietz, Ralf-Günter
Kühl, Eckhard
Ludolph-Dawe, Karin
Sprengelmeyer, Thomas
Suhr, Rena
Wilts, Elfriede

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Frein, Markus
Lücht, Richard

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.02.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.02.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Verfahren zur Vorbereitung der Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen
Vorlage: 15/0682

Herr Lücht erläutert, er wollte heute das Verfahren zur Bestimmung der Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen für die neue fünfjährige Wahlperiode vorstellen. Wie aus der Vorlage zu sehen sei, sollen nunmehr nur noch die 21 anerkannten freien Träger der Jugendhilfe vorschlagsberechtigt sein. Bewerbungen von Einzelkandidaten seien demnach nicht mehr zulässig. Der Hintergrund sei, dass nach der Vorschrift des § 35 Jugendgerichtsgesetz nur befähigte, qualifizierte und in der Jugenderziehung erfahrende Personen vorgeschlagen werden sollten. Über die anerkannten freien Träger werde sichergestellt, dass die Kandidaten auch diese Qualifikation erfüllten.

Er führt weiter aus, zwar würden schon 18 Bewerbungen von Einzelkandidaten vorliegen. Mit diesen Personen sei jedoch vereinbart worden, dass sie über die anerkannten freien Träger auf die Vorschlagsliste kämen. Ergänzend empfiehlt Herr Lücht, zu den 21 anerkannten freien Trägern auch noch die aktiv in der Jugendhilfe bestehenden Einrichtungen – Initiative für Intensivpädagogik und das Leinerstift – auf die Vorschlagsliste zu nehmen. In der nächsten Sitzung des

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Jugendhilfeausschusses schlage die Verwaltung vor, auch diese beiden Einrichtungen als freie Träger anzuerkennen.

Auf die Frage von **Frau E. Meyer**, wer im Endeffekt entscheide, antwortet **Herr Lücht**, der Jugendhilfeausschuss lege fest, welche Vorschlagsliste beschlossen werde. Wer letztendlich als Kandidat und Schöffe ausgewählt werde, entscheide der Schöffenwahlausschuss.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, es gäbe noch einen dritten Jugendhilfeträger, der in Emden ansässig sei. Doch dieser erfülle jedoch noch nicht die Voraussetzung, drei Jahre vor Ort zu sein.

Abweichender

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für die Wahl der Jugendschöffen ausschließlich über die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe einzuholen. Einzelbewerber ohne Empfehlung eines freien Trägers der Jugendhilfe sollen nicht zugelassen werden.

Die Auflistung wird um die beiden aktiv in der Jugendhilfe bestehenden Einrichtungen „Initiative für Intensivpädagogik“ und das „Leinerstift“ ergänzt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 4. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz
- Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung
Vorlage: 15/0683

Herr Kühl erklärt, im vergangenen Jahr sei ein Beschluss für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung gefasst worden. Dieser sei nach und nach umgesetzt worden und als wichtigste Ergänzung des Angebots in der Kindertagesbetreuung sei zum 01.02.2008 die Kindertagesstätte am Wasserturm der AWO neu eröffnet worden. Diese bestehe aus einer Kindergartengruppe, die aus dem Regenbogenhaus gewechselt sei, und einer neuen Kinderkrippengruppe.

Er führt aus, in der Herrentorschule sei die Hortgruppe Baumhaus zum 01.08.2007 um zwölf Plätze erweitert worden. Auch seien in einzelnen Einrichtungen die Betreuungszeiten verlängert und Sonderöffnungszeiten je nach Elternbedarf angehängt worden. Die personellen Voraussetzungen seien entsprechend geschaffen worden. Außerdem sei auch ein Familienservicebüro eingerichtet worden, wo entsprechend zusätzliche Kindertagespflegepersonen ausgebildet würden.

Eine Abfrage unter den Einrichtungsleiterinnen habe ergeben, dass alle Plätze im Vormittags- und Ganztagsbereich im Laufe des Kindergartenjahres besetzt worden seien. So sei das Jugendamt auch nicht mehr in der Lage, Eltern kurzfristig einen Kindergartenplatz anzubieten. Auch die Krippen- und Hortplätze seien mittlerweile ausgebucht.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass etwa 85 % aller Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung einen Kindergartenplatz besuchen würden. Im Krippenbereich liege dieser Versorgungsgrad bei den Kindern unter drei Jahren bei gut 15 %. Landesweit sei dieses ein guter Durchschnitt, für Emden sei dieses im Hinblick auf den Bedarf jedoch eher schlecht.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung erklärt Herr Kühl, in der Vergangenheit sei immer mit einem nicht unerheblichen demographischen Rückgang argumentiert worden. Doch nunmehr sei man auf einem Niveau angelangt, wo es nicht mehr zurückgehe. Durch die veröffentlichte Datenentwicklung der Bertelsmann-Stiftung sei es für jede Kommune ersichtlich, wie sich die Zah-

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

len entwickeln werden. Die Stadt Emden werde dann im Prinzip ca. 400 Kinder dauerhaft pro Jahrgang haben. Man könne auch nicht mehr davon ausgehen, dass in einem größeren Umfang vorhandene Kindergartenplätze zukünftig für Krippen oder Hortbetreuung genutzt werden könnten. Auch sei ein weiterer Aspekt dazugekommen. Das Nachfrageverhalten habe sich geändert, sodass Eltern ihre Kinder in die Kinderkrippe bringen und anschließend bei Vollendung des dritten Lebensjahres auch gleich einen Kindergartenplatz in Anspruch nehmen würden. Dadurch seien im eigentlichen Kindergartenbereich zunehmend jüngere Kinder.

Des Weiteren könne man die Entwicklung feststellen, dass der Besuch einer Kinderkrippe zunehmend akzeptiert werde. Es werde in den Krippen eine gute pädagogische Arbeit geleistet, die letztendlich zu einem höheren Schulabschluss führen könne. Auch durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr würden viele Eltern ihre Kinder in Einrichtungen anmelden.

Herr Kühl führt weiter aus, wie auch in der Vorlage erwähnt, sei von der Nds. Landesregierung beabsichtigt, eine Beitragsfreiheit für den Kindergarten schrittweise auf das zweite und erste Jahr auszuweiten. Spätestens bei einer kompletten Beitragsfreiheit würden auch alle Kinder im Kindergarten wiederzufinden sein.

Auch würde sich das Nachfrageverhalten von Eltern im Hinblick auf das vereinbarte Kinderförderungsgesetz verändern. So seien bis zum Jahre 2013 bundesweit durchschnittlich für 35 % aller Kinder unter drei Jahren Plätze in Einrichtungen oder in der Kindertagespflege zu schaffen, da sie ab diesem Zeitpunkt einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung hätten. Dadurch seien die Kommunen zum stufenweisen Ausbau des Bereichs „Betreuung für unter Dreijährige“ verpflichtet. Dieses sei qualitativ und auch quantitativ eine große Herausforderung. Finanziell würden die Kommunen durch die konkrete Bund-Länder-Finanzierung unterstützt.

Herr Kühl teilt mit, ihm läge nunmehr eine Mail des Landes Niedersachsen vor, dass durch das Kabinett in Hannover die entsprechenden Richtlinien zur Förderung der Investitionen für die Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren beschlossen worden sei. Somit könnten jetzt entsprechende Anträge gestellt werden, zumal die Stadt Emden bereits eine Einrichtung gebaut habe, für die sie noch eine Förderung in Anspruch nehmen möchte.

Weiter erläutert Herr Kühl die in der Vorlage genannte finanzielle Förderung des Ausbaus durch das Land Niedersachsen und stellt fest, dass dieses in den zukünftigen Haushaltsberatungen berücksichtigt werden müsse. Seines Erachtens werde man hinsichtlich der Versorgung mit Kinderkrippen nicht um Neubauen umhinkommen.

Anschließend stellt Herr Kühl die geplanten Maßnahmen vor. So sei durch den Umzug der AWO aus dem Regenbogenhaus in die Ringstraße Räumlichkeiten beim Kinderschutzbund freigeworden. Dadurch sei die Möglichkeit entstanden, eine weitere Kinderkrippengruppe mit 15 Plätzen einzurichten. Ferner würde er vorschlagen, eine weitere Krippe in organisatorischer Anbindung an die eigene Kindertagesstätte Schwabenstraße einzurichten. Doch hier müssten zunächst noch die richtigen Räumlichkeiten in der näheren Umgebung gefunden werden. Auch hätten einige der freien Träger auf Anfrage das Interesse signalisiert, dass sie sich eine Ausweitung ihres Bereiches vorstellen könnten.

Weiter müsse ebenfalls der Kindertagespflegebereich ausgebaut, Tagespflegepersonen ausgebildet und Tagespflegestellen anerkannt werden. Außerdem müsse auch der Hortbedarf festgestellt werden. Im Rahmen der Schulentwicklung müssten konkrete Vorschläge bezüglich der Betreuung nach Schulschluss und in den Ferien erarbeitet werden.

Herr Kühl stellt abschließend fest, da diese ganzen Maßnahmen Geld kosten würden, schlage er vor, im kommenden Haushaltsjahr zusätzliche Mittel in Höhe von 235.000 € einzuplanen.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Auch müsste über Investitionszuschüsse geredet werden, da nunmehr die Zusage vom Land gekommen sei.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich für die ausführliche Darstellung und auch für die gute Nachricht, dass das Kultusministerium nunmehr endlich die Richtlinien zur Förderung von Betreuungsplätzen vorgelegt hätte.

Bezüglich der Vorlage bemerkt Frau Meinen, sie habe dort den Ausbau der Kinderkrippe Kinderschutzbund vermisst. Auch sei ihr aufgefallen, dass die Angebotsveränderung bezüglich der Schließungszeiten sehr unterschiedlich sei.

Weiter sei ihr überrascht, dass in den bundesgesetzlichen Rahmenrichtlinien zunächst einmal der quantitative Ausbau an erster Stelle steht. Danach erst käme die Qualität. Ihrer Meinung nach werde in der Stadt Emden eine sehr gute qualitative Tagesstättenarbeit angeboten.

Herr Grix stellt heraus, die Einrichtung der AWO in der Ringstraße sei gemeinsam im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden in Zusammenhang mit der Frage, was dann im Regenbogenhaus passiere. Dass die AWO den Anfang machen musste, sei logisch gewesen. Nunmehr stehe aber das Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße mittlerweile seit geraumer Zeit leer. Seiner Meinung nach wäre dem Kinderschutzbund damit geholfen, wenn sie jetzt konkret signalisiert bekämen, anfangen zu dürfen.

Herr Lutz entgegnet, diese Nachricht könne die Stadt Emden jedoch nicht geben, da über Gelder geredet werde, die das Land verwalte. Und bevor kein Bescheid des Landes vorliege, sei das Risiko für die Stadt Emden zu groß.

Herr Kühl führt im Hinblick auf die Kritik von Frau Meinen aus, aus der Vorlage sei eindeutig ersichtlich, dass der Kinderschutzbund an erster Stelle stehe. Die zweite Gruppe wäre dann eine noch zu entwickelnde Perspektive für den Stadtteil Transvaal.

Bezüglich des Bedarfs in den einzelnen Einrichtungen betont Herr Kühl, die Zahlen seien durchaus unterschiedlich. Das sei zwar etwas verwirrend, aber wirklich sehr individuell pro Träger auszurechnen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt,

1. den Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3 jährige fortzusetzen und das Angebot für diese Altersgruppe um mindestens 30 Plätze im Kindergartenjahr 2008/2009 zu erhöhen,
2. das Angebot für Grundschüler in Hortgruppen mit der in den Vorjahren befristet eingerichteten kleinen Hortgruppen mit bis zu zusätzlichen 12 Plätzen für Kinder von der Einschulung bis einschließlich vierzehnten Lebensjahrs fortzuführen,
3. die Plätze in der Kindertagespflege als flexibles Bereuungsangebot um 25 weitere Plätze auszubauen und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die Stadt Emden wird beauftragt, mit den freien Trägern nach weiteren Möglichkeiten der Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen zu suchen.

Ergebnis:

einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 7 Projektvorstellung: Soziales Lernen in Barenburg
Vorlage: 15/0684

Herr Sprengelmeyer erläutert, im letzten Jahr seien seitens der Grundschule Grüner Weg verschiedene Gruppierungen an ihn herangetreten, die darum baten, sich der Situation der Grundschüler anzunehmen, die im sozialen Verhalten besonders auffallen würden. Dabei sei die Idee entstanden, im Vorfeld von Hilfen zur Erziehung gemeinsam als Schule und Jugendhilfeträger vor Ort tätig zu werden. Die Grundschule, der Soziale Dienst sowie die Jugendhilfeeinrichtung Outlaw seien als Beteiligte von der Stadt Emden zusammengeführt worden und hätten ein umfassendes Konzept erarbeitet. So sei ein einmaliges Projekt für die Stadt Emden und auch für den weiteren Umkreis entstanden.

Herr Niemeyer erklärt, es freue sich darüber, dass heute die Möglichkeit bestehe, dieses Projekt den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vorstellen zu dürfen. Das Projekt sei nach den Grundlagen ausgerichtet, warum und was dort gemacht werde, wie es gemacht werde und wie es weitergehe.

Herr Niemeyer erläutert gemeinsam mit **Frau Thurow** anhand einer PowerPoint-Präsentation das Projekt und seine Grundlagen.

Die PowerPoint-Präsentation sowie das Rahmenkonzept für das Projekt „Soziales Lernen in Barenburg“ ist im Internet unter www.emden.de im Ratsinformationssystem der Stadt Emden einsehbar.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dietz bedankt sich für den Vortrag. Seiner Meinung nach macht dieses Konzept viel Sinn, da sehr frühzeitig mit der Förderung von verhaltensauffälligen und schwierigen Kindern begonnen werde. Auch sei die Schmiedung eines breiteren Bündnisses sehr wichtig. Er fragt an, ob dieses Projekt nur auf Barenburg begrenzt werde. Denn auch in anderen Stadtteilen gäbe es verhaltensauffällige Kinder. Man könnte dieses auch als Pilotprojekt verstehen und dann auf andere Emder Schulen ausweiten.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, es sei in der Tat ein Pilotprojekt und auch vor dem finanziellen Hintergrund jetzt an diesem Standort in dieser Form durchzuführen. Auch werde durch die Konzeption Ganztagschule hier etwas eingebracht. Selbstverständlich sei die Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten insbesondere im Grundschulbereich im ganzen Stadtgebiet zu verzeichnen. Es finde eine Bewertung dieses Projektes statt, um zu sehen, wie es weiter gehen werde. Dann werde auch im Jugendhilfeausschuss bzw. im Schulausschuss darüber berichtet.

Frau E. Meyer begrüßt das Projekt und frage, wie es finanziert werde.

Herr Sprengelmeyer antwortet, die Projektkosten in Höhe von 30.000 € würden aus dem laufenden Haushalt 2008 gedeckt. Wie er bereits erläuterte, sei es ein Projekt im Vorfeld von den Hilfen zur Erziehung. Es sei zu Beginn eindeutig und klärend mit der Schule über die Zielgruppe gesprochen worden. Er sei als Jugendamtsleiter der Meinung, wenn man hier nicht tätig werde, müssten in einiger Zeit andere Hilfsmaßnahmen eingebracht werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 8 Baulicher Zustand der Jugendherberge Emden;
- Antrag aller Ratsfraktionen vom 12.02.2008
Vorlage: 15/0685

Herr Sprengelmeyer führt aus, es läge ein Antrag aller Fraktionen hinsichtlich des baulichen Zustands der Jugendherberge vor. Eine Prüfung vor Ort habe ergeben, dass hier Sanierungs- und Werterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 104.000 € durchzuführen seien, die sich in einem dringenden Sanierungsbedarf in Höhe von 75.050 € sowie in einem mittelfristigen Bedarf in Höhe von 28.950 € aufteilen würden.

Herr Schild zeigt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und bittet um Auskunft, wie die Verwaltung nunmehr damit umgehen wolle. Seiner Meinung nach gäbe es bei diesem städtischen Gebäude viele Dinge, die dort im Argen liegen würden. So würden bei Regen die abgängigen Gullys im Keller durch das gesamte Haus übel riechen. Der Küchenboden entspreche nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen und auch die Isolierung des Daches sei unter energetischen Aspekten sehr schlecht. Zudem müsse auch die Metalltreppe erneuert werden.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, in der Vorlage sei aufgeführt worden, welche Maßnahmen dringlich seien. Der Antrag der Fraktionen beinhaltete den Auftrag an die Verwaltung, zu ermitteln, was dringlich sei und was nicht. Alles weitere müsse in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden.

Herr Schild erkundigt sich, ob das bedeute, der Rat müsse nunmehr darüber beraten, ob Geld zur Verfügung gestellt werde.

Frau Risius betont, es sei ersichtlich, dass an der Jugendherberge dringend etwas gemacht werden müsse. Dieses sei wirklich ein Thema für den Nachtragshaushalt, mit dem sich alle Fraktionen eingehend beschäftigen müssten.

Herr Lutz weist darauf hin, die Kommunen hätten überall zu wenig Geld, sodass die meisten ihrer Gebäude im Großen und Ganzen schon verfallen seien. Die Jugendherberge sei in Emden nicht das einzige Gebäude mit einem dringenden Sanierungsbedarf. Es sei Aufgabe des Rates zu entscheiden, wo Prioritäten gesetzt werden sollten.

Frau E. Meyer stellt fest, die Verwaltung sei der Bitte der Fraktionen nachgekommen und habe alle Maßnahmen aufgelistet. Jetzt müssten die Fraktionen entscheiden, was sie für wichtig halten würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.02.2008; Kindergartenplätze

Herr Sprengelmeyer teilt mit, es liege der Verwaltung eine Anfrage der SPD-Fraktion zur Aufnahme gemeindefremder Kinder vor. In diesem ganz konkreten Fall sollte eine Ausnahme geschaffen werden.

Es sei jedoch bereits bei Vorstellung des Tagesordnungspunktes 6 „4. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz“ ersichtlich geworden, wie eng die Einrichtungen platzmäßig besetzt seien. Vor diesem Hintergrund könnten grundsätzlich keine gemeindefremden Kinder in Einrichtungen der Stadt Emden aufgenommen werden. Dieses habe auch nichts mit evtl. vor-

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

handenen Ausgleichszahlungen zu tun, sondern damit, dass keine Kapazitäten verfügbar und alle Plätze nach den Sommerferien belegt seien, sodass bereits Emdener Familien Absagen erteilt worden seien.

Er führt weiter aus, in der Anfrage der SPD-Fraktion sei darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Emden als Kommune für das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ Verantwortung übernehmen müsse. Seiner Ansicht nach seien Rat und Verwaltung seit einigen Jahren hinsichtlich der Umsetzung tätig. Jedoch könne die Stadt Emden nicht die Aufgaben der umliegenden Gemeinden übernehmen. Auch müsste dann mit den Gemeinden überlegt werden, dass diese nicht nur Ausgleichszahlungen übernehmen, sondern sich auch an den Investitionen beteiligen sollten. Zurzeit seien ca. 27 Plätze durch gemeindefremde Kinder belegt.

TOP 10 Anfragen

1. Wiederbesetzungen

Frau Grix fragt an, wann die Stelle von Frau Schrader und die Leitungsstelle der Kindertagesstätte Barenburg wiederbesetzt werde.

Herr Sprengelmeyer antwortet, die Stelle Schrader werde in Kürze intern besetzt werden. Bezüglich der Stellenbesetzung der Leitungsstelle in der Kindertagesstätte Barenburg befinde man sich im Vorstellungsverfahren, welches sehr ausführlich betrieben werde. Zwar werde die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen. Es sei jedoch abzuwarten, wie schnell die Besetzung aufgrund bestehender Arbeitsverhältnisse umgesetzt werden könne.

2. Bauwagen für Jugendliche in Marienwehr

Herr Hoofdmann bittet um einen Sachstandsbericht über den Bauwagen für Jugendliche in Marienwehr.

Herr Sprengelmeyer sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Nach Aussagen von Einwohnern treffen sich die Jugendlichen üblicherweise an der Bushaltestelle des Ortes. Dabei würden sie Alkohol konsumieren und laut lärmern. Lärmbelästigungen würden insbesondere von den Mopeds, Mofas und Rollern der Jugendlichen ausgehen sowie auch von den Autos älterer Jugendlicher / junger Erwachsener, die sich dort einfinden und dann die Musikanlagen laut dröhnen lassen würden. Ein weiterer Treffpunkt ist die Brücke über dem Trecktief.

Seit April treffen sich die Jugendlichen mit Zustimmung des Eigentümers (auch Elternteil eines der Jugendlichen) in einem privaten Garten, nach dessen Angaben die Jugendlichen nicht nur aus Marienwehr, sondern auch aus Wolthusen, Borssum sowie Suurhusen kommen. Eine befriedigende Lösung ist damit jedoch nicht gefunden, denn es kam auch hier schon zu einem Alkoholexzess und seinen Folgen.

Nach Einschätzung der Verwaltung ist die ursprünglich angedachte Möglichkeit, einen Bauwagen als Treffpunkt aufzustellen, weder auf privatem Grund noch auf öffentlicher Fläche unter den gegebenen Bedingungen zurzeit zu verantworten.

Eine Lösung ließe sich nur durch eine intensivere aufsuchende Sozialarbeit mit den jungen Menschen gemeinsam erarbeiten.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Die Verwaltung prüft derzeit die dafür notwendigen Voraussetzungen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.